



Anlage A (Antragsmuster zu 6.1)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung¹

nach der Maßnahme „Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen“

NRW.BANK
Förderprogrammgeschäft
102-81300
48134 Münster

Antragstellerin/Antragsteller

Gemeinde/-verband

Anschrift

Straße

Postleitzahl

Ort

Postfach

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse

DE-Mail

E-Mail-Adresse

Telefon

Fax

Ansprechpartnerin/Ansprechpartner

Name/Amtsbezeichnung/ Funktion

Telefon

E-Mail-Adresse

Bankverbindung:

IBAN

Bezeichnung des Kreditinstituts

¹ Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Förderung.

Maßnahme

Durchführungszeitraum²: von _____ bis _____

Datum der Beschlussfassung des Rates
(Kreistages) bzw. des zuständigen Gremiums: _____

Bei Beschlussfassung ab 1.1.2021: _____
Datum des Beschlusses über das dazugehörige
Straßen- und Wegekonzzept nach § 8a Abs. 1 und 2 KAG

Finanzierungsplan

- | | |
|--|-------------|
| 1. Gesamtaufwand der Maßnahme: | _____ € |
| 2. abzgl. Gemeindeanteil (ggf. einschließlich der Beitragsanteile für
gemeindeeigene Grundstücke; Eigenanteil): | ./. _____ € |
| 3. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben (von den Beitragspflichtigen
zu zahlender umlagefähiger Aufwand vor Förderung): | = _____ € |
| 4. Beantragte Förderung (Entlastung der Beitragspflichtigen) (50% von Nr. 3): | _____ € |
| 5. Nach Förderung verbleibender von den Beitragspflichtigen zu zahlender
umlagefähiger Aufwand (Summe der Forderungen lt. der zu erstellenden
Gebührenbescheide, 50% von Nr. 3): | _____ € |

Beschreibung der Maßnahme(n)

(Eindeutiges Aktenzeichen und Bezeichnung der einzelnen beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahme, ggf. Bezeichnung des betreffenden Bauabschnittes [Bezug zum Straßen- und Wegekonzzept nach § 8a Absatz 1 und 2 KAG])

Die Beitragserhebung erfolgt aufgrund vorläufiger Bescheide, weil ansonsten eine Festsetzungsverjährung eintreten würde (wenn zutreffend, bitte ankreuzen) ☐

Die Beitragserhebung erfolgt aufgrund vorläufiger Bescheide aus folgendem Grund (wenn zutreffend, bitte ankreuzen u. begründen) ☐

Weiterleitung der Zuwendung

Die Zuwendung soll weitergeleitet werden (falls ja, bitte Empfänger angeben)

Ja ☐ Nein ☐

Weiterleitungsempfängerin/Weiterleitungsempfänger:

Ja ☐ Nein ☐

Die Weiterleitungsempfängerin/Der Weiterleitungsempfänger ist eine rechtlich selbständige juristische Person des öffentlichen Rechts und erstellt die Beitragsbescheide an die Straßenausbaubeitragspflichtigen.

² Hier gemeint ist der Zeitraum, in dem die rechtskräftige Beitragsfestsetzung ggü. den Beitragspflichtigen erfolgen soll.

Erklärungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

- sie/er für die Durchführung der Maßnahme in Bezug auf den von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwand keine weitere öffentliche Förderung erhalten hat oder erhalten wird,
- mit der Maßnahme noch nicht vor dem Beschluss des zuständigen Organs oder Gremiums begonnen wurde, als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- die Straßenausbaubeiträge noch nicht rechtskräftig festgesetzt wurden und
- die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- Die sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten werden von den am Verfahren Beteiligten verarbeitet. Beteiligt sind die NRW.BANK, das für kommunale Angelegenheiten zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und die von diesem beauftragten Stellen.

Ich bin damit einverstanden, dass zum Zweck der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land die Angaben zum Empfänger der Zuwendung, sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe der Zuwendung in geeigneter Form veröffentlicht.

Mir ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei den oben genannten am Verfahren Beteiligten zum Zweck der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Diese sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Vorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Die vorgenannten Ausführungen beziehen sich auch ausdrücklich auf die Vorhaben, bei denen eine Weiterleitung der Zuwendung vorgesehen ist.

Ort, Datum	Dienstsiegel und rechtsverbindliche Unterschrift der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten oder Vertreterin/Vertreter im Amt
------------	--

Anlagen:

- Beschluss des Rates (Kreistages) bzw. des zuständigen Gremiums
- Straßen- und Wegekonzept nach § 8a Absatz 1 und 2 KAG